

# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausw. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 680.

## Rücktritt der Reichsregierung.

### Fehrenbach beim Reichspräsidenten.

Das Vossische Telegraphenbüro meldet: Mit Rücksicht auf die durch die Antwortnote der Vereinigten Staaten geschaffene politische Lage hat das Kabinett einstimmig seinen Rücktritt beschlossen. Der Reichszankler hat sich am Abend zum Reichspräsidenten begeben, um ihm den Entschluß des Kabinetts mitzuteilen. Der Reichspräsident hat das Kabinett gebeten, die Geschäfte weiterzuführen. Das Kabinett hat zugestimmt.

In dieser offiziellen Mitteilung über die Gesamtdemission des Kabinetts Fehrenbach ist nicht ausdrücklich gesagt, daß der Reichspräsident das Rücktrittsgesuch genehmigt hat und das zurückgetretene Kabinett ersucht hat, die Geschäfte vorläufig bis zur Bildung eines neuen Kabinetts weiterzuführen. Aber es ist unzweifelhaft, daß die Demission des Gesamtkabinetts angenommen werden wird, und daß im Laufe des heutigen Tages ein Parlamentarier vom Reichspräsidenten den Auftrag erhalten wird, das neue Reichskabinett zu bilden. Dem Beschlusse des Kabinetts Fehrenbach, zurückzutreten, sind gestern Nachmittag noch Besprechungen mit den Führern der Regierungsparteien vorausgegangen.

Ebenso einig wie in der Meinung, daß die Demission des Kabinetts Fehrenbach eine Notwendigkeit sei, sind sich die Koalitionsparteien auch darin, daß die Krise so rasch wie möglich am besten innerhalb von vierundzwanzig Stunden gelöst werden müsse.

Die Verhandlungen über die Neubildung des Reichskabinetts werden heute in den ersten Vormittagsstunden beginnen. Daß das neue Kabinett wieder nur aus den vier Parteien der gegenwärtigen Koalition, also aus dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und der Bayerischen Volkspartei, hervorgehen wird, steht bereits fest. Versuche, die in den jüngsten Tagen unternommen worden sind, eine Verbreiterung der Koalition durch den Eintritt der Sozialdemokraten zu erreichen — Demissionen, die von einer sehr hoch gestellten offiziellen Persönlichkeit unterstützt wurden — sind gescheitert.

Trotzdem also die Basis der Reichsregierung unverändert bleiben wird, werden sich die Verhandlungen über die Kabinettsbildung doch nicht auf Personenfragen allein beschränken können. Es wird erforderlich sein, daß sich die Regierungsparteien zunächst unter sich über ein neues Regierungsprogramm, vornehmlich über ein außenpolitisches Programm unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich und die wichtigste außenpolitische Frage, die der Reparation, einigen. Die Regierungsparteien werden sich ferner vorher über ihre Haltung gegenüber dem angebotenen Ultimatum der Alliierten schlüssig werden müssen, wenn auch der Wortlaut der bevorstehenden „Notifikation“ noch nicht bekannt ist. Sie werden endlich, da Deutschland auf jeden Fall mit der Leistung der Reparation wird beginnen müssen, sich auch über ein Finanzprogramm verständigen müssen, über die Frage, wie die Mittel für die Reparationsleistungen aufgebracht werden sollen. Heute vormittag werden die Führer der Koalitionsparteien zusammenzutreten und man darf voraussetzen, daß die Festlegung dieses Programms der Besprechung der Personenfrage vorausgehen wird.

Die Personenfrage selbst dürfte geringere Schwierigkeiten machen. Für die Reichszanklerschaft kommen nur zwei Parlamentarier ernsthaft in Frage, der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, und der gegenwärtige preußische Ministerpräsident Stegerwald.

Als Nachfolger Dr. Simons' im Außenministerium ist gestern in den Wandelgängen des Reichstages fast übereinstimmend der Vorschlag in Paris, Dr. Mayer-Kaufbeuren genannt worden, doch hieß es, daß Dr. Mayer aus persönlichen Gründen keine Neigung habe, das Auswärtige Amt zu übernehmen. Ebenso wichtig wie die Besetzung des Außenministeriums wird die Neubesetzung des Reichswirtschaftsministeriums sein, für das Dr. Scholz anscheinend nicht mehr in Betracht kommt, und für das ein hervorragender Vertreter der deutschen Wirtschaft gewonnen werden soll. Auch von einer Neubesetzung des Reichsfinanzministeriums wurde gestern gesprochen.

Man erwartet, daß der Auftrag zur Kabinettsbildung vom Reichspräsidenten heute um die Mittagsstunde an Dr. Stresemann oder an Stegerwald erteilt werden, und daß hernach das neue Reichskabinett in ein bis zwei Tagen gebildet sein wird.

### Die Entente gegen den Polenpuff.

Drahtmeldungen.

London, 4. Mai. (Reuter.)

In britischen amtlichen Kreisen herrscht die Ansicht, daß der Aufstandsbewegung in Oberschlesien eine sehr ernste Bedeutung beizumessen ist. Sie wird als eine entschlossene und systematische Anstrengung betrachtet, der Entscheidung des Obersten Rates durch gewalttätige Besitzergreifung der kritischen Gebiete vorzuzukommen.

Reuters Büro fügt dieser Mitteilung über das Ziel der Aufstandsbewegung in Oberschlesien die Bemerkung hinzu, dieser Angriff auf die Autorität des Obersten Rates und auf die militärischen Kräfte, die von ihm zur Aufrechterhaltung der Ordnung entsandt worden sind, müsse, wenn er fortbauern sollte, eine sehr ernste Wirkung auf die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern mit Bezug auf Polen haben.

Nach derselben Quelle ist der Bericht der Interalliierten Kommission über das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien eingegangen und wird unverzüglich dem Obersten Rate unterbreitet werden.

Paris, 4. Mai. (E. E.)

Offiziös wird verlautbart: „Obwohl der polnischen Regierung keinerlei Verantwortung dafür auferlegt werden kann, hat die französische Regierung doch deren Aufmerksamkeit dahin gelenkt, welchen schlechten Eindruck die Unruhen in Oberschlesien in Paris hervorgerufen und in London hervorgerufen werden. Die französische Regierung zweifelt keinen Augenblick daran, daß die polnische Regierung alle Anstrengungen machen wird, um sich an der Wiederherstellung der Ordnung und an der Niederhaltung von Unruhen zu beteiligen.“

Paris, 4. Mai.

Die Agence Havas meldet aus Warschau, der Volksabstimmungskommissar für Oberschlesien Korfantsy ist von seinem Posten abberufen worden, da er seine Befugnisse überschritten hat.

Der Gewaltstreik Korfantsys wird, wie sich aus dieser Meldung ergibt, von der Entente als das erkannt, was er war: ein Versuch, die Entscheidung über Oberschlesien durch Schaffung von Tatsachen illusorisch zu machen. Es wird sich jetzt zu zeigen haben, ob die Autorität der Entente ausreicht, um diesen Versuch unwirksam zu machen und dem durch die Abstimmung geschaffenen Recht auf Wiedervereinigung Oberschlesiens mit Deutschland zum Siege zu verhelfen. Die Tatsache, daß Korfantsy diesmal so unversöhnlich an die Gewalt appellierte, hat offenbar die polnische Regierung in eine peinliche Lage gebracht. Sie kann der Entente gegenüber die Verantwortung für das, was ihr Beauftragter angerichtet hat, öffentlich nicht mehr tragen. Sie bleibt für das, was er getan hat, in vollem Umfange haftbar, da sowohl sein Charakter wie seine Pläne ihr seit langem bekannt waren. Wenn sie ihn nach gefahrener Tat abberuft, so besagt das wenig, nachdem sie ihn bisher in jeder Weise unterstützt und ihm die unbeschränkten Mittel zur Verfügung gestellt hat, die es ihm ermöglicht, die Zehntausende zu bewaffnen und reichlich zu besolden, die jetzt die Fahne des Aufstehens gehoben haben. Uebrigens wird man an die französische Presse, insbesondere an den „Temps“, der erst jüngst einen Artikel über die angebliche Bewaffnung der — Deutschen in Oberschlesien veröffentlicht hat, die Frage richten, ob sie jetzt noch der Meinung ist, daß die Erzählungen des Herrn Korfantsy, denen sie jeden Kredit gewährte, wirklich so vertrauenswürdig gewesen seien.

Die neueste Meldung über die Ausrufung Korfantsys zum Gouverneur Oberschlesiens, die kurz vor Schluß des Blattes eintraf, zeigt vollends, daß die Entente tatsächlich einer Machtprobe gegenübersteht, bei der es hart auf hart geht.

### Neue Männer.

Der Reichszankler Fehrenbach und seine Minister haben lange gezögert, ehe sie sich entschlossen, insgesamt ihre Demission zu geben. Seit mehreren Tagen beriet man im Kabinett darüber, ob der Außenminister allein zurücktreten solle oder ob sich das Ministerium ähnlich, wie es nach London für das Bleiben geschah, nun auch für das Scheitern mit dem Außenminister solidarisch erklären sollte. Zwischen durch tauchte die Idee auf, die von einem Teil der Presse auch unterstützt wurde, daß es am besten sei, das Ministerium würde solange ausharren, bis der Tag der Unterschrift unter irgend ein Diktat gekommen sei, um dann unter Protest die Ministerbänke zu verlassen und den Nachfolgern das schwere Amt des Unterscheidens zu vererben. Erfreulicherweise hat aber das Reichskabinett sich diesem verhängnisvollen Rat nicht angeschlossen. Erfreulicherweise: denn durch das weitere Verharren des jetzigen Ministeriums im Amte wäre wieder einmal eine Frist, die, so kurz sie auch ist, doch immerhin noch durch irgendwelche politischen Handlungen nutzbar gemacht werden konnte, ungenutzt verstrichen.

Die Aufeinanderfolge der Kabinette während der letzten Jahre war fast immer dadurch charakterisiert, daß die Minister erst in dem Augenblick abtraten, der für jeden Nachfolger eine bindende Zwangslage schuf. Das wäre auch diesmal wieder der Fall gewesen, wenn nicht noch im letzten Augenblick sich eine Mehrheit im Kabinett gefunden hätte, die energig auf eine sofortige Entscheidung drang.

Freilich, der Rücktritt des Kabinetts erfolgt schon reichlich spät. Man könnte sogar sagen, zu spät, wenn man ohne weiteres annehmen wollte, daß auch die neuen Minister wieder nach den gleichen Methoden wie ihre Vorgänger arbeiten werden. Der letzte gegebene Moment des Rücktritts für das Kabinett Fehrenbach wäre der große Tag des Mißerfolges der Simons'schen Vorschläge auf der Londoner Konferenz gewesen. Wenn damals nach der Ablehnung der deutschen Vorschläge durch Lloyd George das Kabinett demissioniert hätte, so würde das in den parlamentarisch geschulten Ländern der Entente Verständnis gefunden und wahrscheinlich zur Folge gehabt haben, daß bis zur Neubildung des Kabinetts Zeit zur Ueberlegung und vielleicht doch noch der Weg zu neuen Vorschlägen gefunden worden wäre, die möglicherweise einen anderen Ausweg der Londoner Verhandlungen hätten ergeben können.

Nachdem man diese Gelegenheit verfaßt hatte, war noch die Möglichkeit vorhanden, daß der Außenminister Dr. Simons mit der Begründung sein Amt niederlegte, er könne seinerseits keinerlei neue Vorschläge verantworten. Nach unseren Informationen hat damals der Minister auch tatsächlich solche Absichten nicht bloß gehegt, sondern auch sehr deutlich zu erkennen gegeben. Das Kabinett gab seinem Wunsch jedoch nicht nach, obwohl während der Verhandlungen mehrfach zutage getreten war, daß man die Verantwortung für die Vorschläge, die Dr. Simons in London machte, ihm allein zur Last legte, da sie mit den in Berlin getroffenen Vereinbarungen nicht übereinstimmten. Hinterher erklärte sich jedoch das gesamte Kabinett mit dem Außenminister solidarisch. Wenn das Kabinett aus dieser Solidarität die Konsequenz gezogen hätte, mit Dr. Simons gemeinsam abzutreten, so wäre das ein durchaus folgerichtiger Schritt gewesen. Aber dadurch, daß die Minister weiterhin im Amte blieben, erklärten sie sich nicht nur mit der Handlungsweise der deutschen Delegation in London einverstanden, sondern pflichteten auch der mehrfach öffentlich zum Ausdruck gekommenen Ueberzeugung des Ministers bei, daß neue Vorschläge, die für Deutschland tragbar gewesen wären, nicht gemacht werden konnten, und daß insbesondere zunächst von deutscher Seite nach der Ausführung der Sanktionen die Initiative zu neuen Unterhandlungen nicht ergriffen werden konnte.

Es mußte damals auf alle Fälle ein neues Kabinett die Zügel der Regierung ergreifen, um unvoreingenommen die nun geschaffene Sachlage zu prüfen. Kam dieses noch unbelastete Kabinett seinerseits auch zu dem Resultat, daß neue geeignete Vorschläge nicht zu finden seien, so hatte diese Auffassung vor dem Lande naturgemäß ein viel größeres Gewicht. Andererseits war es jedoch nicht ausgeschlossen, daß Minister, die die Dinge mit anderen Augen ansahen, doch zu greifbaren Vorschlägen kamen, die dann natürlich wiederum von der Gegenseite bereitwilliger aufgenommen wurden, als etwaige Vorschläge eines Ministeriums, das früher bereits sein Votum in negativem Sinne abgegeben hatte.